

**ÖBB – Gleisüberschreitungen mit Todesfolgen
aufgrund falscher politischer Prioritätensetzung.
Koalitionsverhandlungen müssen zu
Kurskorrektur führen!**



Pressemeldung vom 10. November 2008

Der "ArbeitsKreis FAHRGAST Tirol" nimmt den tragischen Tod einer Schülerin bei Kuchl in Salzburg, welche beim Überschreiten von Gleisanlagen am 07.11.08 von einem Güterzug erfasst und tödlich verletzt wurde, und einen ähnlichen Vorfall am Bahnhof Imst in Tirol, bei dem ein Schüler am selben Tag glücklicherweise in letzter Sekunde doch noch mit dem Schrecken davon kam, zum Anlass, um auf einige FAKTEN, welche möglicherweise auch dazu beitragen, dass derartige Unfälle in letzter Zeit in ganz Österreich gehäuft auftreten, hinzuweisen.

Natürlich ist sehr zu begrüßen, dass die ÖBB mit der Aktion "Sicherheit macht Schule" Kinder und Jugendliche für die mit illegalen Überschreitungen von Gleisanlagen verbundenen Gefahren sensibilisieren möchten. Allerdings weiß der "ArbeitsKreis FAHRGAST Tirol" aufgrund eigener Beobachtungen, dass es noch weitaus mehr illegale Gleisüberschreitungen geben würde, wenn nicht insbesondere die vor Ort tätigen FahrdienstleiterInnen immer wieder beherzt eingreifen würden und dadurch so manchen Fahrgast vor schweren Verletzungen – oft sogar mit Todesfolgen – bewahren. Leider wird dieser Tatsache von ÖBB-Seite viel zu wenig Rechnung getragen, da aufgrund BUNDESPOLITISCHER VORGABEN ZUR KOSTENSENKUNG an immer mehr Bahnhöfe das vor Ort vorhandene Personal durch Fernsteuerungen ersetzt wird.

Der "ArbeitsKreis FAHRGAST Tirol" möchte an einem ganz konkreten Beispiel veranschaulichen, warum die Einrichtung von personalfrei geführten Geisterbahnhöfen zu vermehrten illegalen Gleisüberschreitungen führen kann, und zwar anhand des Bahnhofes Schwaz in Tirol. Es sei mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass der Bahnhof Schwaz stellvertretend für viele andere Bahnhöfe in Österreich steht. Denn was für den Bahnhof Schwaz gilt, gilt leider auch für viele andere österreichische Bahnhöfe und Haltestellen. Der "ArbeitsKreis FAHRGAST Tirol" musste feststellen, dass es am seit Sommer 2008 personalfrei geführten Geisterbahnhof Schwaz vermehrt zu illegalen Gleisüberschreitungen durch Fahrgäste mit Kinderwägen gekommen ist, da Gleis 3 nur über eine Stiege erreicht werden kann und die früher von FahrdienstleiterInnen angebotene Hilfestellung nicht mehr gewährleistet wird. Illegale Gleisüberschreitungen sind also nicht ein Problem, welches nur Kinder und Jugendliche betrifft. Es ist vielmehr so, dass sich auch andere Fahrgäste aufgrund des von den ÖBB forcierten BUNDESPOLITISCH MOTIVierten PERSONALABBAUS in Verbindung mit unzumutbaren, keineswegs barrierefreien Zugangsverhältnisse zu den Zügen zu vermehrten illegalen Gleisüberschreitungen hinreißen lassen. Am Bahnhof Schwaz wird es – leider erst mit monatelanger Verspätung – aufgrund zahlreicher Interventionen bei den ÖBB – daran hat sich auch der "ArbeitsKreis FAHRGAST Tirol" beteiligt – in den nächsten Wochen zu einigen Umbauten kommen, um den Fahrgäste einen barrierefreien Zugang zu den Zügen zu ermöglichen.

Das Beispiel Schwaz belegt sehr deutlich, dass es möglichst rasch eine ÖSTERREICHWEITE INITIATIVE braucht, um an Bahnhöfen und Haltestellen ganz generell barrierefreie Verhältnisse zu schaffen. Denn nur so können illegale Gleisüberschreitungen eingedämmt werden. Am Geisterbahnhof Schwaz soll in absehbarer

Zeit überdies eine Person angestellt werden, welche Fahrgästen in sämtlichen Belangen mit Rat und Tat zur Seite stehen wird - sei es bei der Bedienung der Fahrkartenautomaten oder sei es im Sinne einer hilfreichen Unterstützung beim Zugang zu den Zügen; diese Person soll auch illegale Gleisüberschreitungen so weit als möglich unterbinden -. Auf diese Weise soll der Bahnhof Schwaz im Sinne eines Pilotprojektes anderen österreichischen Bahnhöfen zum Vorbild werden. Allerdings spießt es sich derzeit bei der Finanzierung dieser Person, weil die Kosten von den ÖBB nicht allein getragen werden können.

Deshalb sei mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, dass auch manche politischen MandatsträgerInnen für jene unzumutbaren Verhältnisse verantwortlich sind, welche dazu führen, dass sich Fahrgäste zu illegalen Gleisüberschreitungen hinreißen lassen. Denn zur Schaffung sicherer Verhältnisse an österreichischen Bahnhöfen und Haltestellen sind aus oben angeführten Gründen entsprechende Geldmittel erforderlich. So spricht es Bände, wenn z.B. der Tiroler Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) im Rahmen der derzeit zwischen ÖVP und SPÖ laufenden Koalitionsverhandlungen von der zukünftigen Regierung für den Bau des Brenner Basistunnels Garantien in Milliardenhöhe verlangt. Sollte unser Steuergeld tatsächlich in ein Milliardenloch geschmissen werden, von dem inzwischen überdies allgemein bekannt ist, dass es das Tiroler Transitverkehrsproblem nicht lösen kann, braucht sich niemand zu wundern, wenn für die Schaffung sicherer Verhältnisse an österreichischen Bahnhöfen und Haltestellen viel zu wenig Geld locker gemacht werden kann und es immer wieder zu (tödlichen) Unfällen kommt. Man darf sich daher wohl mit Recht die Frage stellen, warum ein aus verkehrswissenschaftlicher Sicht äußerst fragwürdiges Milliardenloch in politischen Kreisen einen höheren Stellenwert besitzt als Menschenleben. Es handelt sich eindeutig um eine falsche politische Prioritätensetzung, welche in den laufenden Koalitionsverhandlungen umgehend korrigiert werden muss.

Martin Teißl

Sprecher des *Arbeitskreises FAHRGAST Tirol*

Pirchanger 73

A-6130 Schwaz in Tirol

<http://www.fahrgast-tirol.at>

Der "*Arbeitskreis FAHRGAST Tirol*"

ist Partner von "*PRO BAHN Österreich*"

<http://www.pro-bahn.at/>